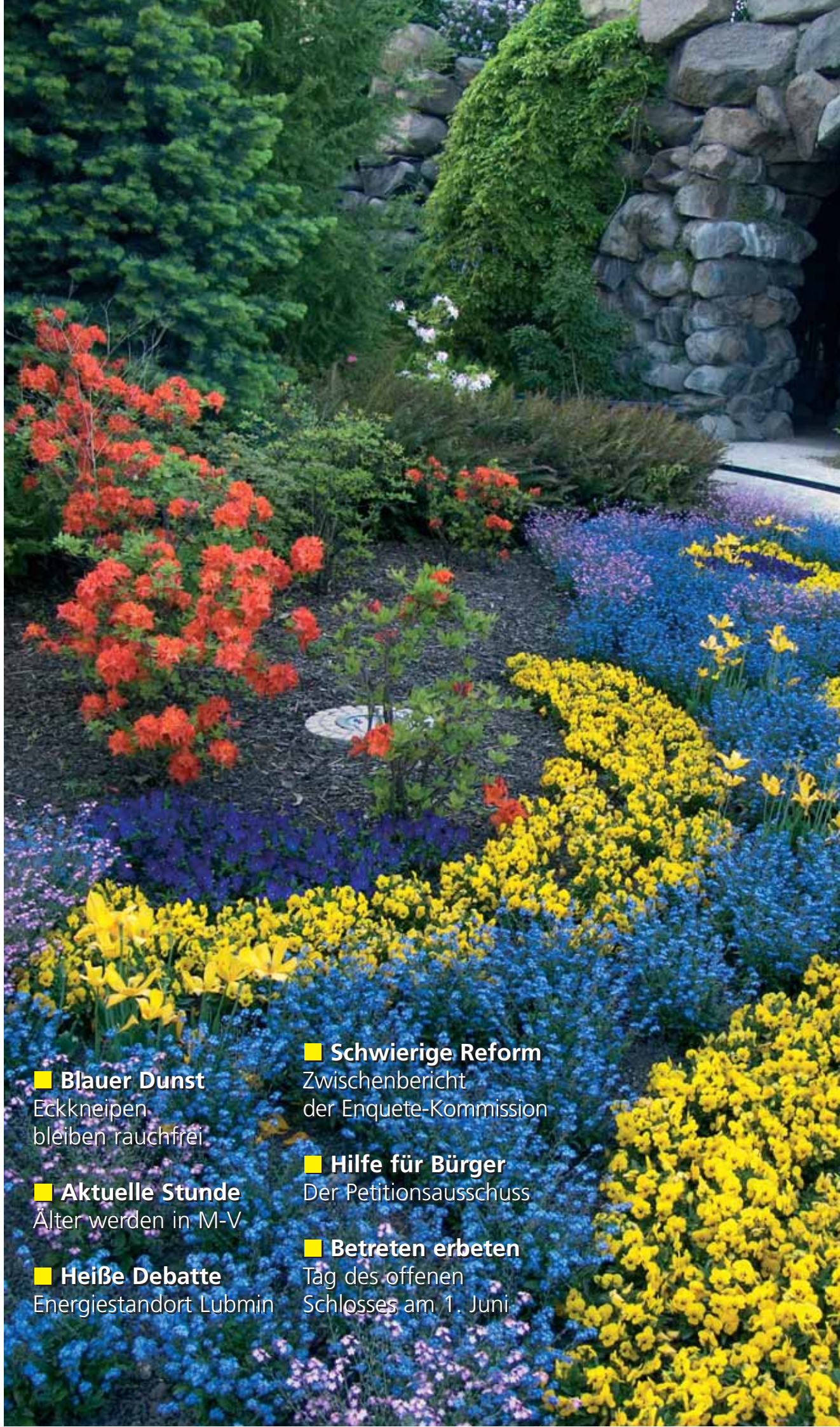


LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ **Blauer Dunst**

Eckkneipen
bleiben rauchfrei

■ **Aktuelle Stunde**

Älter werden in M-V

■ **Heiße Debatte**

Energiestandort Lubmin

■ **Schwierige Reform**

Zwischenbericht
der Enquete-Kommission

■ **Hilfe für Bürger**

Der Petitionsausschuss

■ **Betreten erbeten**

Tag des offenen
Schlosses am 1. Juni



Seite 3

Spezial

Tag des offenen Schlosses

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern – gerechte Rente für die Zukunft sichern

Seiten 6 – 8

Weitere Themen:

Nichtraucherschutzgesetz
Landesvergabegesetz
Zwischenbericht der Enquete-kommission

Seiten 9 – 15

Auszüge aus der Debatte:

Energiestandort Lubmin

Seiten 16 - 17

Aus den Ausschüssen

Öffentliche Anhörungen
Anhörungen Feuerwehren im Innenausschuss
Parlamentsforum „Südliche Ostsee“
Petitionsausschuss –
Interview mit der Vorsitzenden Barbara Borchardt

Seite 18

Panorama

Landesfinale „Jugend debattiert“
Girls Day

Seite 19

Schlossgeschichten

Gastronomie im Schloss

Titelbild (Uwe Sinnecker)

An der Feldsteingrotte im Burggarten
des Schweriner Schlosses

Impressum

Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-Vorpommern**
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 - 2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Warum Klementine und Tilly unsere Zukunft bestimmen



Foto: Privat

Tilo Stolpe (*1972 in Eberswalde-Finow), nach ersten Anläufen in Tageszeitungen seit 14 Jahren Journalist beim Privatradio. Heute Nachrichtenredakteur bei ANTENNE MECKLENBURG-VORPOMMERN.

■ Die „heranwachsende“ Senioren-Generation ist mit der meiner Oma bis auf das Alter kaum noch vergleichbar. Das ist Herausforderung und Chance zugleich für Mecklenburg-Vorpommern, denn für das Jahr 2020 sagen Prognosen, dass jeder vierte Einwohner über 65 Jahre alt sein wird. Und diese Omas wollen nicht mehr nur zu Hause mit dem Geldschein in der Kittelschürze auf die Enkelkinder warten.

Meine Oma war rüstig. Bis zum 88. Lebensjahr fuhr sie von Eberswalde aus zu Freunden in die damalige BRD. Sie starb im stolzen Alter von 101. Bald gibt es viele solcher rüstigen Omas. „Inzwischen werden die Menschen im Osten fast so alt wie im Westen“, schreibt Bernhard Vogel im brüderlichen Gemeinschaftsbuch „Deutschland aus der Vogelperspektive“ über seine Zeit als Thüringer Ministerpräsident. „Viele Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Schulen und Kindergärten sind neu gebaut worden – häufig moderner als im Westen, (...) weil man (...) in Standards von morgen investierte.“ Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern.

Rentner sind aber auch nicht mehr nur eine „Pflegekomponente“, sondern ein lebendiger Bestandteil des Lebens. Schon allein die Tatsache, dass das Arbeiten bis 67 angeordnet wurde, muss die Gesellschaft zum Umdenken bewegen. Die Senioren-Generation von heute ist mobil und lebt das aus, so lange sie kann. Kaum machen die Wolken der Sonne Platz, sind die Sitze der Petermännchen-Busse in Schwerin belegt mit Sehenswürdigkeits-hungrigen älteren Menschen. Und sie würden nicht kommen, wäre Schwerin nicht nach ihren Bedürfnissen. Beschwerden über beschwerliches Shoppen oder Bus fahren werden gehört und beseitigt. Denn der Senior ist zunehmend Konsument mit Gewicht. Der Umgang mit Medien und Vielfalt fällt ihm leichter. Auch

dank der 80er Jahre und ihren positiv denkenden Werbe-Ikonen wie Klementine mit ihrem Waschpulver sowie Tilly mit ihrem Spülmittel. Der Senior von heute weiß, dass die mediale Welt um seine Gunst wirbt. Dabei ist aber auch zu sehen, dass es zwischen den Generationen einfacher geworden ist. Töchter treffen Mütter in Disko, „Holzmichl“ und „Anton aus Tirol“ sind Hits für Kinder aus Kaisers und „Millenium“-Zeiten gleichermaßen. So stellen sich auch die Medien auf immer breitere Zielgruppen ein.

Diese Gemeinsamkeiten nutzen, sich gegenseitig respektieren und helfen, das stärken die Mehrgenerationenhäuser, die, wie ich finde, dezent, aber bestimmt in unser neues Gesellschaftsleben eingeführt werden. Denn der Erfolg für eine gute Senioren-Politik liegt nicht in der Abspaltung, sondern in der Integration. „Was für Kinder gut ist, kann doch für Erwachsene nicht schlecht sein“. Will sagen: was in der Werbung plausibel klingt, muss doch in der Politik nicht tabu sein. Stichwort Ärztemangel. Vielleicht gibt es ihn ja ein Stückweit deshalb, weil das Bild vorherrscht, zu wenig Mediziner seien für zu viele hilfsbedürftige Rentner da. Sicher kein Lockmittel, um geschlossene Praxen wieder mit Leben zu erfüllen. Mecklenburg-Vorpommern aber als Land zu präsentieren, wo jung und alt gleichermaßen Ärzte brauchen, klänge ganz anders, familiär, kinder- und seniorenfreundlich eben.

Tilo Stolpe

Podiumsdiskussionen

Plenarsaal

11.00 Uhr

WIR. Erfolg braucht Vielfalt

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider diskutiert mit weiteren Initiatoren und Unterstützern der Kampagne über ein breites bürgerschaftliches Bündnis für Demokratie und Toleranz.

13.00 Uhr

Familie und Frauen im 21. Jahrhundert

Es diskutieren je ein Vertreter aller fünf Landtagsfraktionen SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und NPD.

15.00 Uhr

Tourismusland M-V – Chancen und Risiken

Mecklenburg-Vorpommern gehört als Urlaubsland zu den beliebtesten Reisezielen der Deutschen. Was tut die Landespolitik, um diese Spitzenposition auszubauen, und gefährden der Einzug der NPD in den Landtag und Meldungen über rechtsextreme Gewalttaten diese Entwicklung? Es diskutieren Abgeordnete aller fünf Landtagsfraktionen.

Festsaal

12.00 Uhr

UNESCO-Welterbe in Mecklenburg-Vorpommern

Seit 2002 stehen die Altstädte von Wismar und Stralsund als bisher einzige Denkmale Mecklenburg-Vorpommerns auf der UNESCO-Welterbeliste. Über die Erfahrungen mit dem begehrten Prädikat und die Pläne für eine Welterbebewerbung des Schweriner Schlosses diskutieren Vertreter aller fünf Landtagsfraktionen.

14.00 Uhr

WIR. Erfolg braucht Vielfalt

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider diskutiert mit weiteren Initiatoren und Unterstützern der Kampagne über ein breites bürgerschaftliches Bündnis für Demokratie und Toleranz.

16.00 Uhr

Sieben Gärten mittendrin – Bundesgartenschau 2009 in Schwerin

Es informieren und diskutieren BUGA-Vertreter, die Schweriner Landtagsabgeordneten Dr. Gottfried Timm (SPD), Dr. Armin Jäger (CDU), Angelika Gramkow (DIE LINKE) und Landtags-Vizepräsident Hans Kreher.

Betreten erbeten

Tag des offenen Schlosses

■ **Über 600 Zimmer hat das Schweriner Schloss. Rund 30 – nämlich die restaurierten Wohn- und Repräsentationsräume der großherzoglichen Familie – kann man beim Rundgang durch das Schlossmuseum bestaunen. Aber wer hätte nicht Lust, auch einmal nicht öffentlich zugängliche Bereiche des Schlosses zu besichtigen?**

Gelegenheit dazu gibt es am 1. Juni, wenn der Landtag wieder zum „Tag des offenen Schlosses“ einlädt. Für den Besuch von Deutschlands schönstem Landtagssitz, wie Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker das Schweriner Schloss einmal nannte, sollte man Zeit mitbringen. Denn zu sehen und zu erleben gibt es eine Menge.

Im Mittelpunkt des Programms steht die Arbeit des Landesparlaments. Es präsentieren sich die fünf Landtagsfraktionen, über den gesamten Tag verteilt informieren die Fachausschüsse über ihre Arbeit. Der Plenarsaal lädt nicht nur zum Probesitzen auf den Plätzen der Abgeordneten ein, sondern auch zu interessanten Diskussionen. Gesprächsrunden gibt es auch im benachbarten Festsaal. Der Petitionsausschuss des Landtages, der Bürgerbeauftragte und der Landes-Datenschutzbeauftragte sind von 10.00 bis 17.00 Uhr vor Ort und stehen für Fragen, Informationen und Gespräche zur Verfügung.

Weitere Besichtigungsangebote: das Büro der Landtagspräsidentin in einer früheren Gästewohnung, der Raum des Ältestenrates, die Landtagsbibliothek in den früheren Wohnräumen des Großherzogs, die Pressestelle und das Medienzentrum, die Paul-Friedrich- und die Niklothalle. Als Highlight im wahrsten Sinne des Wortes ist ein Aufstieg in die goldene Prunkkuppel im Programm.

Wer sich für die Arbeit der Journalisten im Landtag interessiert, kommt ebenfalls auf seine Kosten. Der NDR öffnet sein Landtags-Studio, das sich direkt im Schloss befindet, um topaktuell über die Beratungen im Parlament berichten zu können. Radio-Journalisten erklären hier ihre Arbeit. Die Landespressekonferenz ist ebenfalls mit Journalisten vertreten.

In der Lobby zeigen Studenten der Design-Schule Schwerin eine Ausstellung von Plakaten für die Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin (Landkreis Ludwigslust).

Am Schloss präsentiert sich die Kampagne „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Die Schlosskirche lädt ab 11.00 Uhr zur Besichtigung ein.

Foto: Cornelius Kettler



**TAG DES OFFENEN
SCHLOSSES**

**Sonntag, 1. Juni 2008
10.00 – 17.00 Uhr
(letzter Einlass 16.30 Uhr)**

Drohende Altersarmut verhindern

Aktuelle Stunde mit heftiger Debatte über Renten

■ Die drohende Altersarmut für Tausende Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist in der Aktuellen Stunde am 23. April im Landtag Gegenstand heftiger Diskussionen gewesen. Autoren einer Studie der SPD erwarten, dass die durchschnittliche Höhe der gesetzlichen Rente bei Männern und Frauen im Osten zurückgehen wird. Während von 1942 bis 1946 geborene Männer im Schnitt noch 967 (Frauen: 785) Euro erhielten, sinke die Durchschnittsrente für die in den Jahren 1957 bis 1961 geborenen Männer auf 820 (Frauen: 690) Euro. Die SPD-Fraktion hatte das Thema der Aktuellen Stunde beantragt.



Sozialminister Erwin Sellering (SPD)

■ Sozialminister **Erwin Sellering**, der als SPD-Abgeordneter das Wort ergriff, forderte eine höhere Rente als die Grundsicherung von monatlich 345 Euro, auch wenn die Betroffenen längere Zeit unverschuldet erwerbslos waren, schlecht bezahlte Arbeiten annehmen oder sich mit Minijobs über Wasser halten mussten. „Was früher acht geschafft haben, nämlich einen Rentner zu unterhalten, das müssen wir jetzt zweien zumuten. Deshalb wird es eine der wichtigsten politischen Aufgaben der nächsten Jahre sein, die Altersversorgung im gesellschaftlichen Konsens bezahlbar und gerecht zu halten“, sagte Sellering. „Es geht darum, Altersarmut zu verhindern“, betonte er. Das Problem sei ein Ost-Problem. Viele Menschen seien nach der Wende arbeitslos gewesen und das Lohnniveau sei niedrig. Er forderte einen gesetzlichen Mindestlohn.



Prof. Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE)

■ Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, warf der der SPD „Kaltschnäuzigkeit“ bei der Themenwahl der Aktuellen Stunde vor. Schleusen für eine wachsende Armut habe der SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder mit seiner Agenda 2010 geöffnet, sagte er. Seit Hartz IV sei der Niedriglohnsektor massiv gewachsen, die Leiharbeit sei von einem Instrument zum Abfangen von Auftragsspitzen in normale dauerhafte Beschäftigung verwandelt worden. Die schwarz-rote Bundesregierung lasse Steuergeschenke für Vermögende mit höherer Mehrwertsteuer bezahlen. „Diese Republik hat sich in den letzten Jahren durch die Bundesregierungen unter Führung von CDU und SPD nicht zum Guten verändert.“ Die Riester-Rente war seiner Ansicht nach der Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen gesetzlichen Altersvorsorge.



Werner Kuhn (CDU)

■ **Werner Kuhn** (CDU) wies auf den demografischen Wandel in Deutschland hin. „Wir müssen konstatieren, dass in Deutschland jährlich 155.000 Menschen mehr sterben, als geboren werden. Uns fehlt der Nachwuchs“, sagte er. Damit sei es schwer, den Generationenvertrag überhaupt zu halten. Die Zahl der Rentner und der Pensionsberechtigten steige. In diesem Zusammenhang sei auch eine stabile Wirtschaftslage wichtig. Man sollte auch darüber beraten, wie man ältere Menschen am Wirtschaftsaufschwung teilhaben lassen kann. „Und völlig richtig ist auch, dass die private Altersvorsorge jetzt eine entscheidende Rolle spielt“, betonte der Landespolitiker.

■ Der FDP-Abgeordnete **Ralf Grabow** sagte, zum Leitbild müsse nicht mehr eine möglichst frühe Verrentung, sondern eine möglichst lange Teilhabe am Erwerbsleben werden. Zuverdienstgrenzen müssten aufgehoben werden, damit Anreize entstehen, auch bei Rentenbezug

Fotos: Uwe Balewski



Ralf Grabow (FDP)

weiter tätig zu sein. Private zusätzliche Altersvorsorge, wie die Riesterrente, dürfen nicht auf die gesetzliche Rente angerechnet werden. Doch bei alledem dürfe folgendes nicht verkannt werden: „Wir haben weniger ein Altersarmutsproblem, sondern vielmehr ein Problem mit wachsender Kinderarmut. Wer also jetzt schlichtweg mehr Rente fordert, ohne dies mit einer soliden generationsgerechten Gegenfinanzierung zu begründen, belastet die Einkommen der Jüngeren und bedroht die zukünftige Rentenversicherung“, sagte der FDP-Politiker.



Dr. Margret Seemann (SPD)

■ Die Rentensituation in Deutschland sei differenziert, erwiderte die SPD-Abgeordnete **Dr. Margret Seemann**. Innerhalb der Gruppe der älteren Bevölkerung gebe

es dramatische Unterschiede in Bezug auf Einkommen und Vermögen. So seien die „Gewinner“ unter den älteren Menschen eindeutig Männer in den alten Bundesländern, sagte sie mit Verweis auf eine Untersuchung. Demgegenüber sind Frauen der Studie zufolge in den neuen und den alten Bundesländern sowie Männer in den neuen Bundesländern eindeutig in der Verliererposition. Das habe vielfältige Gründe. Unter anderem würden berufstätige Frauen immer noch unterbezahlt. Sie forderte den Aufbau von eigenen Rentenanwartschaften, die auch für Frauen zu einer Existenz sichernden Rente führen.



Stefan Köster (NPD)

■ Nach Ansicht des NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** ist Altersarmut „in der BRD und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur eine wesentliche Zukunftsangst, sondern schon längst Wirklichkeit“. Die Massenarbeitslosigkeit habe mit den hiermit einhergehenden Beitragsausfällen den Rentnern und der Rentenversicherung schweren Schaden zugefügt. Private Vorsorge sei vielen gar nicht möglich. Er kritisierte, dass Beitragszahlern und Rentnern versicherungsfremde Leistungen aufgebürdet würden, wie etwa Kriegsfolgelasten. „Darunter auch der rentenrechtliche Ausgleich von so genanntem NS-Unrecht“, betonte der Redner. Auch viele Vereinigungskosten seien

Staatsaufgaben und hätten vollständig durch Steuergelder getragen werden müssen.



Harry Glawe (CDU)

■ Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, **Harry Glawe**, verwies darauf, dass die Renten beitragsfinanziert seien. Dazu sei Beschäftigung nötig und diese habe zugenommen. Zudem schieße die Bundesregierung jährlich 80 Milliarden Euro aus Steuern in die Rentenkasse zu. „Höhere Renten hieße, die Steuern zu erhöhen“, sagte er. Grundvoraussetzung der gesetzlichen Rentenversicherung ist dem Redner zufolge das Erwerbsleben. Ursachen für eine heutige Rentenungleichheit gehen Glawe zufolge auch auf die DDR zurück, wo Rentnern nach vierzigjährigem Arbeitsleben 350 Mark ausgereicht wurden. Er forderte ein „geordnetes Verfahren“ in der Renten-debatte und weniger Populismus.

Fotos: Uwe Baleski

Keine Ausnahme für Eckkneipen

Nichtraucherschutzgesetz in Mecklenburg-Vorpommern bleibt

■ **Das Rauchen bleibt auch in kleinen Kneipen mit nur einem Raum in Mecklenburg-Vorpommern verboten. Die FDP scheiterte am 23. April im Landtag mit dem Versuch, das Nichtraucherschutzgesetz in einigen Punkten zu ändern.**

Seine Fraktion sei ausdrücklich für den Schutz von Nichtrauchern, betonte FDP-Fraktionschef **Michael Roof**. Dennoch müsse das Gesetz an Schwachstellen wie bei Ein-Raum-Kneipen korrigiert werden. Gerade im ländlichen Raum gebe es viele dieser Gaststätten, in denen nur der Wirt selbst arbeite. Zudem fordere seine Fraktion, die Bußgelder gegen rauchende Gäste von 500 auf 50 Euro und für Gastwirte, bei denen gegen das Rauchverbot verstoßen wird, von 10.000 auf maximal 500 Euro zu senken. Er prophezeite, dass es ohne Änderungen auch in Mecklenburg-Vorpommern bald so einen „Schwachsinn“ wie Raucherklubs geben werde. Von Lehrern werde verlangt, dass sie Vorbild sind. „Aber wir im Landtag haben das Privileg, hier im Hause zu rauchen“. Das könne man nicht erklären, sagte der FDP-Fraktionschef.

Sozialminister **Erwin Sellering** betonte in der Debatte die Gefährlichkeit des Passivrauchens. „Es geht um den Schutz der Nichtraucher“, sagte er und unterstrich im Hinblick auf jüngste Gerichts-Urteile: „Lassen Sie uns abwarten, was das Bundesverfassungsgericht entscheidet.“ Auf Widerstand des Ministers und der meisten anderen Abgeordneten stieß auch die Idee der Liberalen, wieder Raucherinseln in Schulen und Jugendfreizeitzentren zuzulassen. „Wir haben einen Erziehungsauftrag“, sagte Sellering. Studien in Bundesländern mit mehrjährigem Rauchverbot an Schulen zeigten, dass dort die Raucherquote gesunken und das Alter, in dem zum ersten Mal zur Zigarette gegriffen wird, gestiegen sei. Auch Redner von SPD-, CDU-

und Linksfraktion betonten die Wichtigkeit rauchfreier Schulen. Sie wiesen zudem darauf hin, dass das Rauchen bundesweit erst ab 18 Jahren erlaubt ist.

Dr. Marianne Linke von der Linksfraktion zitierte aus einer Stellungnahme des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA: „Wenn schon ein Rauchverbot, dann ohne Ausnahmen“. Diesen Standpunkt teile ihre Fraktion. Das bestehende Gesetz fördere dagegen eine Ungleichbehandlung der Betreiber. Zudem mangle es an Schutzbestimmungen, kritisierte sie das Gesetz. Warum aber die FDP den Nichtraucherschutz an Schulen aushebeln will, erschließe sich ihr „überhaupt nicht“. Nach Ansicht von **Günter Rühls** (CDU) will die FDP Gaststätten und Schulen zu „Schutzzonen für Raucher“ erklären. „Aus dem Nichtraucherschutzgesetz soll ein Raucherschutzgesetz werden“, bemängelte er. Den Vorstoß der Liberalen nannte er populistisch. „Sie spielen mit der Zukunft unserer Kinder“, betonte er.



Foto: Jens Büttner

Birger Lüssow (NPD) nannte den Vorschlag der FDP „dreist“. Schließlich habe sich die NPD schon vor Wochen für eine Ausnahmeregelung unter anderem für Lehrer eingesetzt. Dies sei aber von der FDP abgelehnt worden. Das bisher beschlossene Nichtraucherschutzgesetz bezeichnete er als „schlampig“. Seine Fraktion stimme der vorliegenden Gesetzesänderung zu, „obwohl der Vorschlag von der FDP stammt“.

Die SPD-Abgeordnete **Martina Tegtmeier** verwies darauf, dass fast 70 Prozent der Menschen im Land Nichtraucher seien. Bei den Urlaubern betrage die Nichtraucherquote sogar über 90 Prozent. Von ihnen könnten die Kneipen profitieren. Seit Jahresbeginn ist blauer Dunst in der Gastronomie tabu, es sei denn, es gibt einen abgetrennten Raum für Raucher. Wirte von Ein-Raum-Kneipen fühlen sich benachteiligt, weil sie aus Platzmangel kein abgetrenntes Zimmer schaffen können und deshalb gar nicht geraucht werden

darf. Zahlreiche Wirte haben vor Verwaltungsgerichten geklagt. Einige Richter in anderen Bundesländern haben bereits das Rauchverbot in kleinen Lokalen vorläufig aufgehoben, bis ein Verfassungsgericht entschieden hat.

EU-Ostsee-strategie

Antrag der LINKEN abgelehnt

■ **Mit welchen konkreten Vorstellungen und Zielen will sich Mecklenburg-Vorpommern in den Diskussionsprozess in der EU um eine gemeinsame Strategie für die Ostsee einbringen?**

Diese Frage stellte die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag am 23. April und forderte hierzu eine Unterrichtung durch die Landesregierung. Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** verwies in seinem Redebeitrag darauf, dass die Landesregierung dem Landtag den Ostseebericht 2007/2008 zugeleitet habe, in dem die zahlreichen Aktivitäten des Landes im Ostseeraum dargestellt seien. Der Antrag der LINKEN sei somit „gut gemeint, aber ohne Mehrwert und überflüssig“. Dieser Meinung schlossen sich die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und NPD an und lehnten den Antrag ab.

Seit der Osterweiterung der Europäischen Union ist die Ostsee ein EU-Binnenmeer. Acht der neun Ostseeanrainerstaaten sind Mitglied in der Europäischen Union. Im Dezember 2007 hat der europäische Rat die EU-Kommission aufgefordert, bis Juni 2009 eine europäische Strategie für den Ostseeraum („Ostseestrategie“) vorzulegen. Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik, die Anziehungskraft der Region z.B. im Bereich Tourismus und Bildung sowie sicherheitspolitische Aspekte werden im Mittelpunkt stehen. Um die Prioritäten für die Ostseeregion möglichst konkret zu fassen, ist die Kommission auch auf Input der Regionen angewiesen. Zwei internationale Konferenzen sind geplant: Im September 2008 in Stockholm und im Frühjahr 2009 voraussichtlich in Rostock. Anfang Juni 2008 soll ein erstes Treffen potenzieller Akteure aus Mecklenburg-Vorpommern auf Einladung der Staatskanzlei in Rostock-Warnemünde stattfinden.

Landtag billigt Leitbild für Kreisgebietsreform

Enquete-Kommission legt Zwischenbericht vor

■ Der Landtag hat am 24. April die Empfehlung der Enquete-Kommission für die Kreisgebietsreform gebilligt. DIE LINKE und die NPD stimmten gegen den Antrag der Regierungskoalition, sich den Zwischenbericht der Kommission zu Eigen zu machen. In der teilweise heftig geführten Debatte verteidigten Vertreter von SPD und CDU das Konzept. Die FDP wies auf Änderungen hin, die von den Liberalen durchgesetzt werden konnten. Den Zwischenbericht trägt die FDP mit, das Leitbild der Regierung hingegen nicht. Die FDP-Fraktion sprach sich gegen deren Vorfestlegungen aus. Die Linksfraktion kritisierte, es habe weder Anhörungen gegeben, noch seien Sachverständige gefragt worden. Die LINKE scheiterte im Anschluss an die Debatte mit ihrem Antrag, den Zwischenbericht abzulehnen, weil er unter anderem nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche. Angesichts der vielen Zwischenrufe und Unruhe im Saal wurde die Sitzung minutenlang unterbrochen.



Heinz Müller, Vorsitzender der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission habe im März fristgerecht den Zwischenbericht vorgelegt, sagte deren Vorsitzender, **Heinz Müller**. Dabei sei das von der Landesregierung beschlossene Leitbild in mehreren Punkten verändert worden. Unter anderem soll der umstrittene künftige Status der kreisfreien Städte noch offen gehalten werden. Die Landesregierung hatte dafür plädiert, dass nur Rostock und eventuell Schwerin kreisfrei bleiben. Greifswald, Neubrandenburg, Wismar und Stralsund sollten in die Landkreise integriert werden. Die Enquete-Kommission sprach sich Müller zufolge ebenfalls für eine Kreisfreiheit von Rostock, der größten Stadt im Land, aus. Über die anderen Städte solle aber noch gesondert beraten werden. „Der Maßstab muss immer das Wohl des Landes sein“, sagte der SPD-Abgeordnete. Die Kritik der Linken wies Müller zurück. Sie habe keinen Antrag auf Anhö-

rungen gestellt. „Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter“, rief er der Opposition zu.

Fraktionskollegin **Martina Tegtmeier** wies auf die Notwendigkeit der Reform hin. Die Kreisreform muss ihren Worten nach in engem Zusammenhang mit der Funktionalreform gesehen werden. Bei der Neuverteilung der Verwaltungsaufgaben müsse vor allem nach dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit vorgegangen werden.

Gabriele Mestan von der Linksfraktion warf CDU und SPD vor, ihr Vorgehen bei der Beratung des Reformleitbilds in der Enquete-Kommission sei rechtswidrig. „Der Bericht ist für die Vorbereitung gesetzlicher Regelungen im Zusammenhang mit einer Kreisgebietsreform völlig ungeeignet“, sagte sie. Über die kleineren kreisfreien Städte solle nunmehr ohne jegliche fachliche Begründung entschieden werden. „Spätestens der Appell der sechs kreisfreien Städte an den Landtag, ihre Kreisfreiheit unter keinen Umständen anzutasten, muss als Abgesang auf Ihre Reform verstanden werden“, sagte sie in Richtung der Regierungsfractionen. Aus Verantwortung für die notwendigen Reformen werde ihre Fraktion nicht zustimmen.

Helmut Holter (DIE LINKE) bezeichnete Müllers Verhalten gegenüber der Opposition als „arrogant“. Zudem sei der Bericht der Kommission zu zögerlich, willkürlich und habe mit einem Leitbild „jedenfalls nicht viel zu tun.“ Sollten auf dieser

Grundlage gesetzliche Regelungen für die Kreisreform beschlossen werden, findet sich MV seiner Ansicht nach 2011 auf dem Stand von 2002 wieder. Das hätte „dramatische Konsequenzen“ für die Eigenständigkeit des Landes.

Der CDU-Innenpolitiker **Wolf-Dieter Ringguth** wies den Vorwurf der Rechtswidrigkeit zurück und warf den Linksabgeordneten seinerseits vor, sie verhielten sich „hochgradig unkollegial“. Er verteidigte den Zwischenbericht der Kommission. „Der Bericht ist nicht rechtswidrig. Er gibt zutreffend die Beratungen in der Enquete-Kommission wieder“. Es sei richtig, über die Kreisfreiheit später zu entscheiden und dabei jeden Einzelfall genau zu untersuchen. Die Kreisgebietsreform stehe nicht für sich, sondern müsse im Gesamtzusammenhang mit der Verwaltungsreform gesehen werden.

Renate Holznagel von der CDU appellierte an die Abgeordneten aller Fraktionen, auf eine „verletzende“ Diskussion zu verzichten. Sie forderte die LINKE auf, sich konstruktiv in die Arbeit einzubringen. „Wir werden uns Ihren Vorschlägen nicht verschließen“, sagte sie. Sie sieht die Reform der Verwaltung auf einem guten Weg.

Die Landesregierung möchte die Reform noch in dieser Legislaturperiode, also bis 2011, unter Dach und Fach bringen. Der FDP-Abgeordnete **Gino Leonhard** (FDP) warnte in der Debatte allerdings vor einem „Schweinsgalopp“, der die Reform erneut vor dem Landesverfassungsgericht scheitern lassen könnte. Er hob Änderungen hervor, die auf Anregungen der Liberalen zurückgehen. So werde sich das Landesentwicklungsprogramm künftig nicht nur auf die demografische Entwicklung stützen, sondern auch die Wirtschaftskraft der Kommunen berücksichtigen. Zudem habe seine Fraktion durchgesetzt, dass jeweils die Aufgabenübertragung an Dritte geprüft werde. Das fördere den Bürokratieabbau. Zwangseingemeindungen und willkürliche Größenfestlegungen der Kreise lehnte er ab.

Michael Andrejewski (NPD) sprach von „Katastrophenmanagement“ statt von Reformen. Er forderte angesichts sinkender Einwohnerzahlen einen rigorosen „Rückbau“ der Landkreise. „Wozu brauchen wir Landkreise?“, fragte er. Die Städte würden aufgewertet, wenn man ihnen Aufgaben der Landkreise überträgt.

Landesver- gabegesetz

**Pro und Kontra
Tarifzwang beim Vergaberecht**



Foto: Jens Büttner

■ Die Fraktion DIE LINKE hat am 24. April im Landtag ein Landesvergabegesetz gefordert. Die FDP forderte mit ihrem Antrag zum Vergaberecht von der Landesregierung genau das Gegenteil: nämlich auf ein Vergabegesetz zu verzichten. Die Diskussion hatte jüngst durch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg an Fahrt gewonnen. Das Gericht hatte das niedersächsische Vergabegesetz für EU-rechtswidrig erklärt. Der Staat dürfe die Vergabe von Bauaufträgen durch die öffentliche Hand nicht an spezielle Tarifverträge für die eingesetzten Arbeitnehmer koppeln.

Über die Tragweite des Urteils gingen die Ansichten auch im Schweriner Parlament auseinander. SPD und DIE LINKE sehen in der Entscheidung keine generelle Absage an Tarifreuegesetze. Die FDP-Fraktion fühlte sich durch das Luxemburger Urteil in ihrem Widerstand gegen ein solches Gesetz bestätigt.

Die bestehende Rechtslage sei bereits so kompliziert, dass mittelständische Unternehmen oft nicht zum Zuge kämen, bemängelte Fraktionschef **Michael Roolf**, der den FDP-Antrag in den Landtag einbrachte. Oft seien nur große Unternehmen in der Lage, den Anforderungen zu genügen. Anschließend gäben sie Aufträge an kleinere Firmen im Land weiter und

setzten diese dabei unter Preisdruck. Er verlangte von der Landesregierung zudem, keine neuen Marktregulierungen über etwaige gesetzliche Änderungen einzuführen und von allen Versuchen, das öffentliche Vergaberecht durch vergabefremde Kriterien für andere Zwecke zu instrumentalisieren, abzusehen.

Für die Linksfraktion bedeutet die EuGH-Entscheidung „jedoch ausdrücklich keine grundsätzliche Absage an Landesvergabegesetze“, wie **Helmut Holter** betonte. Nach wie vor seien Lohnvorgaben bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren rechtlich zulässig, wenn die Tariftreuepflicht an allgemein verbindliche Tarifverträge oder an gesetzliche Mindestlöhne geknüpft werde, heißt es in ihrem Antrag.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** hält allerdings eine „eigenständige Landesregelung für entbehrlich“. Er erklärte, dass bereits die bestehenden Tarifreue Regelungen des Bundes tarifliche Bindungen im Blick hätten. Weitere Regelungen könnten zur Verwirrung führen, warnte der Minister. Er sprach sich jedoch nicht ausdrücklich gegen das geforderte Gesetz aus. Die CDU-Fraktion will sich ungeachtet aller Bedenken in diesem Punkt an eine Koalitionsvereinbarung halten.

Jochen Schulte betonte für die SPD-Fraktion die Bedeutung eines eigenen Vergabegesetzes im Land. Mit einem solchen Gesetz wollen die Sozialdemokraten verhindern, dass bei öffentlichen Aufträgen Firmen zum Zuge kommen, die ihren Mitarbeitern Dumpinglöhne zahlen. „Wir haben uns mit unserem Koalitionspartner verständigt, bis zur Sommerpause ein Vergabegesetz für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen“, kündigte Schulte an und begründete so auch, warum seine Fraktion auch den Antrag der LINKEN ablehnt. Der Antrag sei überflüssig.

Regine Lück (DIE LINKE) befürchtete in ihrer Rede, dass es zu lange dauert, bis die SPD den Gesetzentwurf vorlegt. Beim EuGH gehe das Recht auf Wettbewerbsfreiheit vor. „Das akzeptiert die Linke nicht“, sagte die Politikerin. Ihre Partei werde Lohndumping nicht dulden. „Die öffentliche Hand muss Vorbild sein“, betonte sie. Das Land müsse sich gemeinsam mit dem Bund bei der EU dafür einsetzen, dass der Schutz der Arbeitnehmer auf eine Stufe mit der Wettbewerbsfreiheit gestellt wird.

Nach Ansicht von **Peter Stein** (CDU) geht es im Kern um die Frage, ob eine unwürdige Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden soll. In der Vergabeordnung werde schon jetzt darauf hingewiesen, dass das „wirtschaftlichste Angebot“ Vorrang habe. Das sei nicht zwangsläufig das „billigste“. Manchmal fehle in den Gemeinden auch das Fachwissen, um das eine vom anderen zu unterscheiden. Das zu ändern sei wichtig. Bei einem Vergabegesetz sei es für die öffentliche Hand in der Praxis schwierig, zu kontrollieren, ob jede Berufsgruppe auch nach Tarif entlohnt werde. Stattdessen solle eher in die Weiterbildung in den Gemeinden investiert und der Mittelstand bei der Vergabe gefördert werden.

Udo Pastörs (NPD) betonte: „Hätten wir bundesweit einen Mindestlohn, dann hätten wir uns diese Diskussion weitgehend sparen können.“ Durch die EuGH-Entscheidung würden nun die „Arbeitschaften“ verschiedener Länder gegeneinander ausgespielt. „Unsere Arbeiter müssen zusehen, wie fremde vor unserer Haustür ihre Arbeit billiger verrichten“, sagte Pastörs. Polnische Kollegen würden für nicht einmal die Hälfte des Lohnes arbeiten. Er forderte wiederholt den Austritt aus der EU. Den Antrag der Linksfraktion bezeichnete er als „Effekthascherei“.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Volker Schlotmann** riet der FDP abzuwarten, bis der Gesetzentwurf fertig ist. „Im Sommer werden wir hier ein Vergabegesetz vorliegen haben. Da können Sie sicher sein“, versprach er.

In der abschließenden Abstimmung wurden beide Anträge mehrheitlich abgelehnt.

VERGABERECHT UND TARIFTREUEGESETZE

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist im Bundesrecht, z.B. in der VOB (Verdingungsordnung für Bauleistungen) und der VOL (Verdingungsordnung für Leistungen), geregelt und durch europäische Rechtsvorschriften vorgeprägt. Eine Reihe von Bundesländern haben Gesetze verabschiedet, mit denen die Vergabe von öffentlichen Aufträgen von zusätzlichen Kriterien, zum Beispiel der Tariftreue der Unternehmen, die sich um einen Auftrag bewerben, abhängig gemacht wird. Damit soll sichergestellt werden, dass die Unternehmen, die einen öffentlichen Auftrag erhalten, ihren Mitarbeitern den Tariflohn zahlen.

Kohlekraftwerk Lubmin

Thema im Landtag

FDP fordert rechtsstaatliches Verfahren

■ Der umstrittene Bau des Kohlekraftwerks in Lubmin war am 24. April erneut Thema im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Die FDP-Fraktion hatte den Landtag aufgefordert, sich zu einem rechtsstaatlichen Verfahren zu bekennen. Redner der Regierungskoalition bezeichneten dies als selbstverständlich und demzufolge den Antrag als unnötig. Mit den Stimmen aller Fraktionen außer der FDP wurde der Antrag abgelehnt. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Michael Roolf, FDP:

„Standort Lubmin
ist Riesenchance
für unser Bundesland“

Foto: Uwe Bajewski



■ „[...] Es ist Absicht, Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, zu zwingen, hier heute öffentlich zu bestätigen, dass Sie zu Ihrem Koalitionsvertrag stehen. [...]

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das sind ja Streicheleinheiten. –
Volker Schlotmann, SPD:
Das hört sich nur so an.)*

[...] Wir als Fraktion haben nie etwas anderes gesagt, als dass wir zu dem Standort Lubmin stehen, dass der Standort Lubmin eine Riesenchance für unser Bundesland ist und von dem Standort Lubmin aus Ausstrahlung und Effekte für die Region um Lubmin entstehen können, die für die Entwicklung des Landes von entscheidender

der Bedeutung sein werden.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da sind sich alle Fraktionen einig.)*

[...] Unser Landesparteitag hat beschlossen [...] „Ausbau des Energie- und Industriestandortes Lubmin, einschließlich Gas- und Kohlekraftwerk, unter strenger Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Schutz der Umwelt“.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP)*

[...] Das Verfahren [...] ist kein Willkürakt, [...] seit zehn Jahren arbeiten wir an der

HINTERGRUND

Der dänische Energiekonzern DONG Energy will im Industriegebiet Lubminer Heide ein Steinkohlekraftwerk bauen. Geplant sind zwei Kraftwerksblöcke mit je 800 MW Leistung. Das Unternehmen hofft, nach positivem Abschluss des Genehmigungsverfahrens Ende 2008 mit dem Bau der zwei Milliarden teuren Anlage beginnen zu können. Die erste Anlage könne dann im Frühjahr, die zweite im Herbst 2012 in Betrieb gehen. DONG Energy verspricht 140 Arbeitsplätze. Kritiker des Projektes warnen vor dramatischen Auswirkungen auf die Natur im Greifswalder Bodden. Allein durch die Einleitung von 325.000 Tonnen Kühlwasser je Stunde werde sich die Temperatur im Becken des Industriehafens um acht Grad erhöhen. Dies hätte die dauerhafte Schädigung von Flora und Fauna zur Folge. Negative Auswirkung werden auch für den Tourismus befürchtet. Eine Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ wurde von mehr als 30.000 Bürgerinnen und Bürgern mit ihrer Unterschrift unterstützt. Am 16. April übergaben Vertreter der Bürgerinitiative die Unterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Laut Landesverfassung sind 15.000 Unterschriften erforderlich, damit sich der Landtag mit dem Anliegen befassen muss. Dies werde nach Prüfung der Unterschriftenlisten durch den Landeswahlleiter voraussichtlich noch vor der Sommerpause geschehen, hatte Bretschneider bei der Unterschriftenübergabe angekündigt.

Entwicklung des Energiestandortes [...] über das Raumordnungsprogramm, [...] Flächennutzungsplan und über Bebauungspläne in unterschiedlichen Auslegungsvarianten. [...] In einem Rechtsstaat [...] haben alle [...] die Möglichkeit, sich einzubringen bei der Erarbeitung von B-Plänen, bei der Auslegung, bei der inhaltlichen Diskussion. [...]

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich weiß, dass Sie nichts von Volksinitiativen halten, weil Sie so liberal sind.
– Glocke der Vizepräsidentin –
Zurufe von Birgit Schwabs, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)*

[...] Was noch offen ist, [...] sind die Stellungnahmen des StAUN. Und wir [...] vertrauen darauf, dass dort ein guter Job gemacht wird,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

[...] dass dort [...] objektive Abwägungsprozesse so laufen, dass wir das bestmögliche Ergebnis für dieses Bundesland erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

[...] Wir haben Angst davor, dass ein schlechtes Licht auf den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern ausgerichtet wird, wenn wir politisch hier

versuchen, etwas kaputt zu reden, klein zu reden oder zu zerreden,

(Reinhard Dankert, SPD: Das macht doch keiner. Das macht doch keiner.)

was eigentlich Konsens gewesen ist, um diesen Standort zu entwickeln. Und wir sollten nicht zulassen, dass ein Investor, der hier in dieses Land hineinkommt,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

vertrauend auf die Rahmenbedingungen, die vorgegeben sind, sich hier eine Planung oder eine Investitionsstrategie aufbaut, dass dieser Investor Angst haben muss,

(Udo Pastörs, NPD: Das kommt darauf an, was er hier will.)

dass das, was rechtsstaatlich alles gesichert ist, nicht umgesetzt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

[...] Wir müssen Rechtssicherheit herstellen für diejenigen, die alle Rahmenbedingungen einhalten, denn die haben in diesem Land ein Recht darauf, ihre Investitionen durchzuführen. Wir sollten darauf hoffen, dass sie mit dieser Investition Arbeitsplätze schaffen, gerade in einer Region, in der wir Arbeitsplätze dringend benötigen. [...]"

Minister Jürgen Seidel:

„Einseitige Betrachtungen nützen den Menschen nichts“

Foto: Uwe Balawski



■ [...] Meine Damen und Herren, ich will mit dem letzten Punkt des Antrages der FDP beginnen. [...] Jeder Investor hat in unserem Land ein Anrecht auf ein rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das beginnt übrigens mit dem Raumordnungsprogramm des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das vorsieht, ich zitiere: „Lubmin als nicht auf Kernspaltung beruhenden Energieerzeugungsstandort zu sichern und auszubauen“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

[...] Wichtig ist, diese Aussage wurde noch in 2006, also als Dong Energy schon im Lande war, durch den Raumordnungsminister und den Umweltminister der letzten Landesregierung voll mitgetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie machen immer den gleichen Versuch, uns das Wort im Munde umzudrehen.)

[...] Es bedeutet zum Beispiel auch, dass eine erforderliche emissionsschutzrechtliche Genehmigung [...] bei Vorliegen [...] der gesetzlichen Genehmigungsvoraus-

setzung auch erteilt werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. So ist das. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen.)

[...] Ein Ablehnen der Genehmigung wäre nicht nur amtspflichtwidrig, sondern [...] schadenersatzpflichtig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist rechtlich daher irrelevant, das muss ich klar sagen, ob einzelne Politiker ein Vorhaben gutheißen oder es ablehnen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist wie bei der Braunkohle. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

[...] richtigerweise wird in der Begründung des Antrages indirekt das Thema energiepolitisches Zieldreieck angesprochen. Ich teile die dargestellten Auffassungen und auch die damit verbundenen Maßnahmen [...] hinsichtlich der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit [...]. Sie können davon ausgehen, dass die genannten Punkte in die zu entwickelnde Strategie „Energiland 2020“ Eingang finden werden.

[...] ich möchte das Hauptaugenmerk der Debatte auf die Standortentwicklung und somit letztlich auf die Arbeitsmarktseite der ganzen Problematik richten. [...] Ich will einmal vier Punkte benennen, die das Potenzial des Standortes verdeutlichen:

1. Es ist ein bedeutender Energiestandort mit Tradition. [...]
2. Wir haben dort eine Infrastruktur mit Alleinstellungsmerkmalen [...]: Ein- und Auslaufkanal, Anbindung an geplante nationale und internationale Gaspipelines, Netzanbindung, 380-kV-Leitung, Schienen- und Straßenanbindung, Hafen für Schwerlasttransporte und Massengut.
3. [...] Nähe zu Greifswald als Technologie- und Wissenschaftszentrum [...].
4. Die [...] mögliche Konzentration von Energielieferanten und von Energiekompetenz vor Ort [...].

Die Vorteile bieten also hervorragende Voraussetzungen, um diesen Standort im nationalen und europäischen Wettbewerb wirklich gut zu entwickeln [...] Der Energie- und Industriestandort Greifswald/Lubmin ist ein ganz wichtiger Bestandteil der Wirtschaftspolitik des Lan-

des [...]. Die Landesregierung verfolgt die Strategie, Lubmin als modernen Energiegroßstandort zu entwickeln. [...] um ein paar Namen zu nennen: Nord Stream, Gasverdichterstation, Kraftwerksbauten, GuD 1, GuD 2, (Gas- und Dampfkraftwerk) Steinkohlekraftwerk, Offshorewindparks [...], Biodiesel [...] und die Solaranlage, die dort bereits steht. Damit wird ein Energieexportknotenpunkt von europäischer Bedeutung mit dem Energiemix aus Kohle, Gas und Windenergie entstehen. [...]

[...] Ich will auf die Arbeitsmarktpolitik eingehen [...]. Es werden [...] mit den Investitionen [...] Hunderte hochwertige Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung entstehen. [...]

Und zum Zweiten: Wir wissen, es droht uns Abwanderung von qualifiziertem Personal am Standort Lubmin, aber auch generell in Mecklenburg-Vorpommern, wenn keine neuen Beschäftigungsmöglichkeiten [...] aufgezeigt werden [...] Mit dem Blick auf den sich deutschlandweit abzeichnenden Fachkräftebedarf haben wir hier insbesondere Beschäftigungs-

chancen für Ingenieure. Die geplanten Ansiedlungen in Lubmin können dazu beitragen, dass Abwanderungen verhindert werden. [...]

Meine Damen und Herren, [...] einseitige Betrachtungen oder Wegtauchen in solchen Momenten nützen den Menschen vor Ort überhaupt nichts. Als Wirtschaftsminister muss ich letztlich Fragen beantworten, die gehen in die Richtung: Wie schaffen wir es in Mecklenburg-Vorpommern, qualifizierte, zukunftssichere Arbeitsplätze zu entwickeln [...].?

Wir haben bereits über Altersarmut gesprochen – und hier sind die Möglichkeiten, die Entwicklung voranzutreiben, dass genau solche Entwicklungen nicht eintreten für unser Land. Wir müssen diese Möglichkeiten nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, insofern bin ich optimistisch, dass es uns gelingen wird, Greifswald/Lubmin als Wirtschaftszentrum für Vorpommern zu entwickeln. [...]"

Dr. Gottfried Timm, SPD:

„Diese Diskussion ist ein gutes Zeichen für die Demokratie in unserem Land“



■ „[...] Unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wurde am 3. Oktober 1990 als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat wieder gegründet. Dafür sind viele Menschen im Herbst 1989 auf die Straßen gegangen in der damaligen DDR. Freiheitlich-demokratisch heißt, die Bürger unse-

res Landes haben das Recht auf freie Meinungsäußerung. Rechtsstaat heißt, die Verwaltung unseres Landes hat die Pflicht, sich in ihrem Verwaltungsvollzug streng an Recht und Gesetz zu binden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und zwar gilt dieses für die Gemeindeverwaltung, für die Kreisverwaltung, für die Landesverwaltung und auch für die Bundesbehörden in diesem Land.

(Udo Pastörs, NPD: Das stand alles auch in der DDR-Verfassung.)

Bislang hat keine der demokratischen Fraktionen in diesem Hohen Hause diese Verfassungsordnung infrage gestellt. Ausrechnet Sie als liberale Partei sehen das Rechtsstaatsprinzip infrage gestellt, Herr Roolf,

(Michael Roolf, FDP: Das hat keiner gesagt. –

Zuruf von Michael Andrejewski, NPD) weil es eine engagierte, öffentliche, offene und freie Meinungsbildung im Lande zum größten privaten Investitionsvorhaben seit 1990 gibt.

(Hans Kreher, FDP: Sie haben wohl nicht zugehört? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vor Ort höre ich, dass seit 1990 kein Thema so politisch engagiert diskutiert wurde wie der geplante Bau eines Steinkohlekraftwerkes mit 1.600 Megawatt Stromleistung am Greifswalder Bodden. Über 32.000 Bürgerinnen und Bürger haben ihre Unterschrift bei der Initiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ gegeben. Darüber werden wir in der nächsten Landtagssitzung ausführlich Pro und Kontra gewichten. Organisationen und Verbände, wie die Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, melden sich zu Wort. Alle demokratischen Parteien diskutieren dieses Investitionsvorhaben, ob SPD, CDU, Linkspartei, die Grünen, teilweise intern, konstruktiv, kontrovers, auch mit viel Herzblut. Auch die Liberalen haben sich damit, wie ich gehört habe, auf dem Parteitag befasst.



Foto: Jens Bittner

Industriegebiet Lubmin

Meine Damen und Herren, dieses ist ein öffentliches Thema. Das berührt aber noch lange nicht die Frage, ob wir die Rechtsstaatlichkeit hier in Gefahr sehen müssen, Herr Roolf. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Ich darf darauf hinweisen, dass beim Bau des Kernkraftwerkes „Bruno Leuschner“ am gleichen Standort vor 40 Jahren und danach weder ein rechtsstaatliches Verfahren noch ein demokratischer Meinungsbildungsprozess möglich gemacht wurde. Manch einen mag diese oder jene Meinungsäußerung heute ärgern, aber unbestreitbar ist die öffentliche Debatte zu diesem Thema ein deutlicher Hinweis darauf, dass unsere Demokratie erstarkt ist und die Bürgerinnen und Bürger demokratische Instrumente anzuwenden wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Dass ich nicht lache!)

Auch das ist ein Hinweis darauf, dass die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ von vielen ernst genommen wird.

(Udo Pastörs, NPD: Die Bürger sind entmündigt.)

Es mag sein, meine Damen und Herren, dass es eine natürliche Spannung gibt

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

zwischen einer freien Meinungsäußerung einerseits und einem rechtsstaatlichen Verwaltungshandeln andererseits. Es mag auch sein, dass bestimmte politische Funktionen bestimmte inhaltliche Positionen zur Folge haben. Diese Spannung ist aber einem demokratischen Staatswesen in die Wiege gelegt und wird dazu führen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Genehmigungsbehörden mit äußerster Sorgfalt die Rechtsstaatlichkeit in diesem Verfahren beachten werden,

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

denn auch dort weiß man, dass angesichts der öffentlichen Diskussion mit gerichtlichen Überprüfungen der Genehmigungsbescheide zu rechnen ist.

(Rudolf Borchert, SPD: Aber sicher.)

Alles das ist verfassungsrechtlich verbrieft und von allen Demokraten im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und auch in diesem Landtag ausdrücklich so gewollt.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Roolf hat bei der Begründung der Dringlichkeit, Sie haben schon darüber gesprochen, am 5. März behauptet, mit der Orientierung der SPD – damit ist unser Vorstandsbeschluss gemeint – sei ein hohes Maß der Verunsicherung in der Region entstanden. Ich selber sehe diese Verunsicherung in der Region nicht, sondern die 32.000 Unterschriften sprechen eher eine andere Sprache. Aber das kann man dahingestellt sein lassen. Warum aber mit der Diskussion in meiner Partei und mit ih-

rem Beschluss im Vorstand, der aus Gründen des Natur- und Umweltschutzes und mit Blick auf unser Tourismus- und Gesundheitsland beabsichtigt, auf eine Halbierung der Kraftwerksleistung gegenüber dem Investor hinzuwirken, ausge-rechnet die Rechtsstaatlichkeit verletzt sein soll, hat sich mir auch heute in Ihrer Rede nicht erschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

Herr Kollege Roolf, ich darf Ihnen aus dem Grundgesetz Artikel 21 zitieren: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ [...]

Es mag sein, wie Herr Minister Seidel sagt, dass die Landesregierung intensiver hätte Informationsarbeit leisten können. Ich will das gar nicht bestreiten, aber dass diese Diskussion stattfindet, ist unter Demokratiegesichtspunkten ein gutes Zeichen für unser Land. Alle diese Seiten einer lebendigen Demokratie setzen nicht das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit außer Kraft, sondern sind ein notwendiger Bestandteil einer bewussten und demokratischen Gesellschaft, in der sich die rechtsstaatliche Verwaltung bewährt hat und sich auch an diesem Arbeitsthema bewähren wird. Ich bedauere, dass dieser Antrag, den wir heute behandeln müssen, ausgerechnet von Ihnen, der liberalen Partei, kommt, aber es ist so geschehen. [...]

Insofern bitte ich Sie, meine Damen und Herren, und zwar mit Rücksicht auf die Ernsthaftigkeit, die die Bürgerinnen und Bürger von uns im Blick auf die freiheitlich-demokratische Rechtsstaatlichkeit in diesem Bundesland auch in dieser Debatte erwarten, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.“

Prof. Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

„Die Menschen erkennen, dass dieses Vorhaben der Region schadet“



■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...] Der Antrag der FDP hat zunächst in unserer Fraktion Verwunderung hervorgerufen, dann aber auch wieder nicht. Denn es geht eigentlich weniger um das, was Sie beschließen lassen wollen. Damit hätten wir kein Problem. Das eigentliche Problem [...] steht in der Begründung [...] Sie fordern den Landtag erstens dazu auf, sich zum Energiestandort Lubmin zu bekennen. Damit haben wir überhaupt kein Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Bloß ohne Energie. –
Gabriele Mestan, DIE LINKE:
Das ist falsch.)

Auch wir wollen, dass sich Lubmin zu einem Energiestandort entwickelt. [...] Selbstverständlich begrüßen und unterstützen wir auch nach Kräften die Schaffung von Arbeitsplätzen [...] Und der dritte Punkt des Antrages beschreibt eine Selbstverständlichkeit [...] Sie wollen, dass das Parlament mit diesem politischen Beschluss dafür sorgen soll, dass Rechtsstaatlichkeit herrscht. [...]

Wollen Sie etwa allen Ernstes behaupten, liebe Kollegen von der FDP, dass wir einen Beschluss fassen müssen im Landtag, damit Rechtsstaatlichkeit gewahrt ist? [...] Was Sie eigentlich wollen, wird vor allem in der Begründung klar. Sie meinen, dass es dem Investor überlassen werden muss, die Zukunftsfähigkeit einer Investition zu beurteilen, erst recht, wenn er keine För-

dermittel beantragt. Das meinen wir nicht und viele andere auch nicht. Es ist völlig klar, dass ein Investor eine Markt- und Wirtschaftlichkeitseinschätzung erstellt. Er will ja schließlich Geld verdienen [...] Das ist der Zweck in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. [...]

Was aber die Zukunftsfähigkeit seiner Investition betrifft, also die Frage, ob die Investition auch den Interessen der heutigen und künftigen Generation entspricht, diese Bewertung kann er aufgrund seiner Befangenheit und seines Gewinninteresses nicht treffen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

[...] Sie wollen nicht, dass politische Meinung Einfluss hat auf rechtsstaatliche Verfahren. [...] Folgt man Ihrer Argumentation, müssten sich die Landesregierung, die CDU, die FDP, die Unternehmerverbände jeglicher öffentlicher Befürwortung enthalten, genauso wie Sie das erwarten von Bürgerinitiativen und anderen [...] Das tun Sie aber natürlich nicht. Das meinen Sie auch nicht so. Nein, Sie meinen, das Volk soll sich heraushalten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Michael Roof, FDP: Ach!)

Und trotzdem erkennen die Menschen, dass dieses Vorhaben der Region, ihren

Bewohnern, dem Tourismus und dem Klima schadet. [...]

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von
Beate Schlupp, CDU,
und Gino Leonhard, FDP)

[...] eines ist ganz deutlich: Das öffentliche Interesse, das Interesse der Öffentlichkeit sieht ganz anders aus, als Sie, sehr geehrte Kollegen der FDP, die Landesregierung und andere uns glauben machen wollen. Eine politische Willensbildung zu einem Vorhaben dieser Dimension ist im Parlament nicht nur erlaubt, sondern sogar zwingend notwendig [...] Lassen Sie mich noch auf einen Punkt eingehen [...] Mir und Herrn Holter wird immer wieder gesagt, dass die rot-rote Landesregierung mit dem Raumentwicklungsprogramm die Ansiedlung erst ermöglicht habe.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, das ist auch so.)

[...] Ich habe mehrfach darauf reagiert. Und ich kann auch heute nur wieder sagen: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Armin Jäger, CDU:
Ist das nicht beschlossen worden?)

Die rot-rote Landesregierung war sich einig: Die Zukunft des Landes liegt bei erneuerbaren Energien. [...]"

Matthias Lietz, CDU:

„Nicht Tourismus oder Industrie – sondern sowohl als auch!“



■ „[...] Nach dem Verlauf dieser Debatte bin ich aber recht froh, dass ich als Einwohner von Lubmin dann doch Gelegenheit habe. [...]

Vielleicht noch einmal der Hinweis darauf, die Worte von Herrn Gabriel sind ja durch den Minister gerade angesprochen worden, dass er gerade in dieser Woche appelliert hat, den Gegnern, die sich gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke richten, zu sagen, die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands nicht aufs Spiel zu setzen. Meine Damen und Herren, die Aussagen dieses Bundesumweltministers, die landauf, landab die Gazetten letzte Woche füllten, zeichnen sich dadurch aus, dass sie das Thema Energiepolitik in seiner ganzen Breite und Bedeutung für das Wohl und Wehe einer Volkswirtschaft beleuchten. Diese sachliche Gesamtsicht der Dinge wünsche ich mir auch von den Gegnern des geplanten Steinkohlekraftwerkes in Lubmin.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)*

Meine Damen und Herren, ich greife das jetzt auf, ich erinnere mich an den Besuch der Kanzlerin vor wenigen Wochen in Binz. Wir waren in der Kirche, in der Kapelle, dort wurde mir eine Ansichtskarte überreicht [...] mit schwarz rauchenden Schornsteinen, überdimensional aufgezeichnet.

(Toralf Schnur, FDP: So ist das.)

Und ich habe mich dann gefragt, als da stand: „Sven, vier Jahre“ – oder fünf Jahre, das war von den Eltern hingeschrieben – „Ich wünsche mir kein solches Kraftwerk“,

(Michael Roolf, FDP: Was soll das?)

da frage ich mich ernsthaft,

(Michael Roolf, FDP: Was soll das?)

wo hat dieses Kind in Mecklenburg-Vorpommern zum gegenwärtigen Zeitpunkt solche schwarz rauchenden Schornsteine überhaupt schon jemals sehen können? Ich sage ganz einfach, nach 1990 nicht mehr. Wir brauchen eine sachliche Auseinandersetzung und nicht mit überzogenen Darstellungen.

[...] ich warne davor, dass wir selbst – wir selbst! – unsere Tourismusregion damit infrage stellen.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU –*

*Dr. Armin Jäger, CDU:
Genau das, genau das. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Sie schlechtreden.)*

[...] Jawohl, ich kann das hier heute sagen und ich habe den Mut, Herr Ritter, es hier zu sagen, dass Sie Hervorragendes geleistet haben, auch im Zusammenhang mit der Ausweisung der Naturschutzgebiete, die letztendlich die Korridore geschaffen

haben, damit eine Balticpipeline Realität werden kann.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber es gehört genauso dazu, ebenfalls zu erwähnen, [...] das Raumentwicklungsprogramm des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist Voraussetzung für die Entwicklung der Bebauungspläne oder des Bebauungsplanes Nummer eins, denn den haben wir ja jetzt erst mal, für die Standortentwicklung unmittelbar. Und dort haben wir uns ganz klar dazu bekannt, dass der Industrie- und Energiestandort erhalten und ausgebaut wird.

*(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Richtig.)*

[...] Ausgangspunkt aller konkreten Standortentwicklungsfragen war die EXPO 2000 in Hannover.

*(Udo Pastörs, NPD:
Ein Milliardengrab war das.)*

Dort haben wir erstmals allen [...] dargestellt, wie könnte eine Nachnutzung eines ehemaligen Kernkraftwerkstandortes aussehen. [...] Dort haben wir noch von der Ansiedlung der Holzindustrie gesprochen.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, ich habe sie alle gesehen.)*

Die zweite Ausbaustufe Wismar, sie sollte nicht in Wismar stattfinden – so weit waren wir mit den Geschäftsführern –, sie sollte in Lubmin stattfinden. Und ich erinnere mich auch an die Äußerungen der Vertreter der Bürgerinitiative: Es ist uns gelungen, erfolgreich diesen Investor zu verbellen. Das hat mir wehgetan im Herzen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

denn dort hätten wir vor Jahren bereits eine Arbeitsplatzentwicklung für die Menschen in unserer Region sichern können.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU)*

Und einen Hinweis noch. [...] Schauen Sie in das Protokoll „Bündnis für Arbeit“, letzte Zusammenkunft in Lubmin. Es waren anwesend in der Pressekonferenz der Ministerpräsident des Landes, Herr Minister Holter, Herr Methling, Herr Ebnet und auch Minister Metelmann. Schauen Sie sich die Unterlagen an, die vor jedem der Teilnehmer auf dem Tisch lagen, und was dort eingezeichnet war, war unter anderem auch ein Steinkohlekraftwerk.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

[...] Ich sage Ihnen, global denken, das heißt in diesem Fall nicht, lokal verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Michael Roof, FDP: Richtig. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aber handeln.)

[...] völlig zu Recht weist die Industriege-

werkschaft Bergbau, Chemie und Energie darauf hin, dass nachhaltige Klimaschutzpolitik immer eingebettet sein muss in internationale Klimaschutzstrategien [...] Eine solche Politik darf Volkswirtschaften nicht schwächen, sondern sie muss das Potenzial für den Klimaschutz bewusst fördern und optimieren.

[...] es ist auch notwendig zu hinterfragen, welche ökonomischen Auswirkungen für die Gemeinden dieser Region alleine dadurch entstanden sind, als wir das Zwischenlager gebaut haben. Wer sich dort einmal im zuständigen Finanzamt anschaut: wo sind die Einnahmen aus Steuern in dieser Region entstanden? Beim Bau des Zwischenlagers.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wann hatten wir die Zunahme der Besucherzahlen, der Touristen im Seebad Lubmin? In dieser Bauphase. Und den gleichen Knick in dieser Kurve erhalten wir genau wieder zu dem Zeitpunkt, als wir

vor Jahren den Bau des Industriehafens durchgeführt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

[...] Und insofern halte ich nichts davon, dass wir immer diskutieren,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Machen Sie das Zwischenlager doch größer! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass es durch den Bau eines solchen Kraftwerkes zum Zusammenbruch der lokalen Wirtschaft, des regionalen Gewerbes kommen muss. Ich sage Ihnen, und auch ich bin Techniker, im 21. Jahrhundert erübrigt sich eine Diskussion „Tourismus oder Industrie“, sondern es muss uns doch gelingen als Wissenschaftler, Herr Professor Methling, dass wir sagen, es ist ein Sowohl-als-auch möglich. Und dazu müssen wir alle auffordern [...].“

Michael Andrejewski, NPD:

„Teile der Koalition wollen Druck auf Genehmigungsbehörden ausüben“



„[...] Auch wenn man wie wir das Kohlekraftwerk [...] ablehnt, sollte man dabei ehrlich bleiben und sich nicht zweifelhafter Methoden bedienen. Es gibt Genehmigungsverfahren, die die Behörden unter Beachtung der einschlägigen rechtlichen Vorschriften durchzuführen haben. [...]

Nun gewinnt man aber langsam den Eindruck, dass Teile der in dieser Sache zer-

splitterten Großen Koalition, [...], die Lubmin ablehnen, gern [...] politischen Druck auf die Genehmigungsbehörden ausüben würden, damit die sich bei ihrer Arbeit weniger an den Gesetzen orientieren als vielmehr an dem, was gerade partei- oder wahltaktisch in den Kram passt, [...]

[...] Anstatt zu solchen Machenschaften Zuflucht zu nehmen, sollte man sich dann

lieber offen dafür einsetzen, die Gesetze zu ändern. Es kann ja wohl nicht sein, dass nach herrschender Gesetzeslage der Landtag für eine solche Frage, die größte Bedeutung für das Schicksal der ganzen Region hat, nichts entscheiden kann und dafür nicht zuständig ist. [...]

Die bestehenden Rechtsnormen dürfen natürlich nicht unterlaufen werden, aber sie könnten verändert werden, und zwar in dem Sinne, dass eine politische Entscheidung möglich wäre oder besser noch ein Volksentscheid. [...]

Wir werden den Antrag ablehnen, Punkt 1 und Punkt 2 deswegen, weil wir das Steinkohlekraftwerk generell ablehnen, und Punkt 3, weil der überflüssig ist, denn wenn die Landesregierung wirklich entschlossen wäre, hier das Genehmigungsrecht zu beugen oder zu brechen, würde es wenig bringen, wenn der Landtag, wo die Landesregierungsfraktionen die Mehrheit haben, hier noch zu irgendwas auffordert. Das wäre dann ein Fall für die Gerichte. [...]

Auszüge aus dem Wortprotokoll der Plenarsitzung am 23. April 2008.

Ärger um Schulwege und Gebühren

Petitionsausschuss half vielen Bürgern

■ Jede Bürgerin, jeder Bürger, auch jedes Kind, hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen mit Vorschlägen, Bitten und Beschwerden an den Landtag zu wenden. Der Landtag hat hierfür einen speziellen Ausschuss gebildet, den Petitionsausschuss. Er kann helfen, wenn bei dem jeweiligen Problem die Landesregierung oder eine Landesbehörde zuständig ist. Am 23. April legte der Ausschuss dem Landtag seinen Bericht für das Jahr 2007 vor. LandtagsNachrichten sprachen mit der Vorsitzenden des Ausschusses, Barbara Borchardt (DIE LINKE).

Wie hat sich die Zahl der Petitionen im Vergleich zum Vorjahr entwickelt und welche Bereiche standen diesmal im Mittelpunkt?



Barbara Borchardt

Im Jahr 2007 erreichten den Petitionsausschuss 758 Eingaben. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber 2006 (537 Petitionen) um mehr als 41 Prozent. Einer der Schwerpunkte der Beschwerden lag auch im Jahr

2007 im Bereich Schule und Bildung. Hierzu gingen 198 Petitionen ein. Dabei wandten sich die Bürgerinnen und Bürger gegen von den Landkreisen aufgestellte Schulentwicklungspläne, baten um die Aufnahme ihrer Kinder an örtlich nicht zuständige Schulen, kritisierten, dass im Schulgesetz die Modalitäten für die Beförderung der Schüler, die an den vier im Land eingerichteten Hochbegabtenklassen lernen, nicht geregelt sind, und beklagten die Situation an den beruflichen Schulen im Land.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Petitionen zu kommunalen Angelegenheiten. Hier ging es insbesondere um die Erhebung von Anschlussbeiträgen für Wasser- und Abwasseranlagen für Altanschießer.

Bedeutet die gewachsene Zahl der Eingaben, dass die Behörden schlecht arbeiten?

Nein. Im Gegenteil, eine Reihe von Petitionen war dem Ausschuss Anlass, auf das verantwortungsvolle und gesetzeskonforme Vorgehen der Verwaltung hinzuweisen, das in der Regel die Arbeit in den Behörden bestimmt.

Was lag den Bürgern noch auf dem Herzen?

Im Jahr 2007 erreichten den Petitionsausschuss 36 Petitionen zu den Rundfunk- und Fernsehgebühren. Insbesondere Menschen mit geringen Einkünften baten um Befreiung von der Rundfunkgebühr. Vermieter von Ferienhäusern beschwerten sich darüber, dass es nunmehr nicht mehr möglich ist, die Rundfunkgeräte in der Zeit, in der die Ferienquartiere nicht vermietet werden, bei der GEZ abzumelden. Hierzu konnte die Übereinkunft erzielt werden, dass die saisonale Abmeldung der Rundfunk- und Fernsehgeräte und damit eine GEZ-Befreiung unter bestimmten Voraussetzungen wieder möglich ist. Die Frage der GEZ-Gebühren für Menschen mit geringem Einkommen

konnte leider – trotz einer entsprechenden Initiative des Landtages – noch nicht zufrieden stellend gelöst werden. Aber wir bleiben dran.

Ebenfalls stark angestiegen sind Petitionen im Zusammenhang mit ALG II. Allerdings sind dem Petitionsausschuss bei der Behandlung dieser Eingaben weitgehend die Hände gebunden, weil es zum einen um ein Bundesgesetz geht und andererseits die Zahlung der Kosten für Unterkunft und Heizung in der Regel in kommunalen Satzungen geregelt ist.

In wie vielen Fällen konnten Sie helfen?

Im Jahr 2007 konnte in 97 Fällen dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger entsprochen werden. Das sind etwa 22 Prozent der abgeschlossenen Petitionen. In einer Reihe weiterer Fälle konnten Kompromisslösungen gefunden werden. Von besonderer Bedeutung, aber der Statistik nicht zu entnehmen, sind die Fälle, in denen es durch die Arbeit des Petitionsausschusses gelang, Entscheidungen der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger transparenter und damit nachvollziehbarer zu machen, auch wenn ihrem eigentlichen Anliegen nicht entsprochen werden konnte. Dies hilft, die Akzeptanz rechtsstaatlicher Entscheidungen insgesamt zu erhöhen. In einigen Fällen trug die Bearbeitung von Petitionen dazu bei, Verwaltungsvorschriften zu verändern oder Verwaltungshandeln zu verbessern.

In wie oft konnte der Ausschuss nicht helfen? Woran liegt das?

Der Petitionsausschuss entscheidet genau wie die Verwaltungen im Rahmen der bestehenden Gesetze. Selbstverständlich gibt es Vorschriften, die Einzelnen nicht gefallen. So gibt es Raucher, die sich durch die Regelungen des Nichtraucherschutzgesetzes in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt sehen, und Nichtraucher, denen die Regelungen nicht weit genug gehen. Eine genaue Zahl zu den nicht erfolgreichen Fällen kann ich nicht nennen. Dazu gibt es keine Statistik, weil die Gründe für nicht erfolgreiche Petitionen zu unterschiedlich sind, als dass sie in eine Schublade passen.

Der Petitionsausschuss des Landtages (v.r. Angelika Peters, SPD; Irene Müller, DIE LINKE; Karin Strenz, CDU; Ausschussvorsitzende Barbara Borchardt, DIE LINKE; Udo Timm, CDU; Toralf Schnur, FDP; Tino Müller, NPD. Nicht auf dem Foto: Norbert Baunach, Dr. Klaus-Michael Körner, beide SPD; Jörg Vierkant, CDU)



Foto: Uwe Bielewski

Expertenrat

Öffentliche Anhörungen helfen bei Entscheidungsfindung

■ Im Rahmen ihrer Beratungen zu einzelnen Gesetzentwürfen oder Beschlussvorlagen laden sich die Ausschüsse immer wieder Fachleute aus der Praxis ein, um deren Sicht auf die Lösungsvorschläge zu erfahren.

Sehr oft erfolgt dies – im Gegensatz zu den nicht öffentlichen Ausschusssitzungen – in so genannten Öffentlichen Anhörungen. Hierzu laden sich die Ausschüsse Experten ein, die ihre Meinung zu geplanten Regelungen darlegen und Vorschläge für Änderungen oder Ergänzungen unterbreiten. Jede Fraktion hat dabei die Möglichkeit, Sachverständige für die Anhörung zu benennen.

Der Sozialausschuss führte am 21. Mai eine Öffentliche Anhörung zum Entwurf der Landesregierung für die Änderung des Kita-Gesetzes durch. Hierzu waren die kommunalen Spitzenverbände ebenso eingeladen wie die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Landesverband Tagesmütter M-V, Kita-Mitarbeiter und Elternvertreter.

Am 22. Mai führte der Innenausschuss zur Änderung des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes M-V eine Öffentliche Anhörung durch. Hier waren neben dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V., dem Landesfeuerwehrverband und Vertretern von Feuerwehrkreisverbänden auch Sachverständige aus anderen Bundesländern, nämlich Bremen und Thüringen, zur Stellungnahme eingeladen.

Um den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Kinderrechte im Grundgesetz verankern“ geht es bei der Öffentlichen Anhörung, zur der der Europa- und Rechtsausschuss am 28. Mai eingeladen hat. Mit am Tisch sitzen dabei Experten für Öffentliches Recht von der Universität Rostock und der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Landesjugendring M-V, der Deutsche Kinderschutzbund und der Deutschen Kinderhilfe Direkt e.V. Berlin. So vielfältig die Liste der Sachverständigen in der Regel ist, so unterschiedlich sind oft auch die Sichtweisen auf das Thema. In ihren anschließenden internen Beratungen haben die Abgeordneten dann die

nicht leichte Aufgabe, die einzelnen Forderungen und Hinweise zu bewerten und gegeneinander abzuwägen.

Arbeitszeiten der Berufsfeuerwehren

Sachverständige im Innenausschuss gehört

■ Woran denken wir beim Stichwort Feuerwehr? Zu allererst wollen wir, dass im Brandfall die Feuerwehr schnellstmöglich vor Ort ist und uns und unser Hab und Gut vor Schaden bewahrt. Und solange die freiwillige Feuerwehr zusammen mit den Berufsfeuerwehren dies gewährleisten, verkörpert die freiwillige Feuerwehr für den Bürger auch eine Gemeinschaft, die Anlaufstelle für Jugendliche ist, Veranstaltungen und Feste organisiert und daher im sozialen Gefüge der Gesellschaft einen wichtigen Platz einnimmt.

Doch es gibt Sorgen bei den Feuerwehren und damit ist der Innenausschuss in der Pflicht. Er beschäftigt sich zurzeit mit den Arbeitszeiten der Berufsfeuerwehren und den Nachwuchssorgen der freiwilligen Verbände.

Wichtiges Thema bei den Berufsfeuerwehren ist die Umsetzung der europarechtlichen Arbeitsschutzvorschriften und damit die Einführung der 12-Stunden-Schichten. Der Innenausschuss hat bereits im Dezember 2007 eine Anhörung durchgeführt und jetzt auf Antrag der Fraktion DIE LINKE am 10. April erneut Vertreter der Berufsfeuerwehren und der entsprechenden Personalvertretungen nach Schwerin eingeladen, um sich alle Standpunkte aufzeigen zu lassen.

Grundsätzlich gelten nach EU-Recht auch Bereitschaftszeiten als Arbeitszeiten, und deshalb sind 24-Stunden-Schichten unzulässig. Nach Auffassung des Innenministeriums sind Ausnahmeregelungen für die Berufsfeuerwehren im Lande nicht anwendbar. Trotzdem soll für eine Erprobungsphase die Beibehaltung der bisheri-

gen 24-Stunden-Schichten aufsichtsrechtlich geduldet werden. Die meisten Feuerwehrangehörigen forderten auf Dauer 24-Stunden-Schichten und boten sogar längere Wochenarbeitszeiten an. Die Dienststellenleitungen schlossen sich dem zum Teil an, pochen aber auf eine klare Entscheidung unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung.

Am 22. Mai sind die Feuerwehren erneut Thema im Innenausschuss, wenn der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/661 öffentlich beraten wird. Nun geht es um eine Absenkung des Eintrittsalters in die Jugendfeuerwehren, um dem Mitgliederschwund entgegenzuwirken.



Foto: Jens Büttner

Am 10. April demonstrierten Feuerwehrleute aus ganz Mecklenburg-Vorpommern vor dem Landtag für die Beibehaltung der bisherigen 24-Stunden-Schichten.

PARLAMENTSFORUM „SÜDLICHE OSTSEE“

Vom 18. bis 20. Mai fand im polnischen Kolberg (Kolobrzeg) die VI. Konferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee statt. Die Beratungen standen unter dem Thema „Forschung als Integrationsfaktor und Chance der Wirtschaftsentwicklung in der südlichen Ostsee“. Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern nahmen Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD), Renate Holznaegel (CDU, 1. Vizepräsidentin), Andreas Bluhm (DIE LINKE, 2. Vizepräsident), Detlef Müller (SPD), Werner Kuhn (CDU), Birgit Schwebs und Barbara Borchardt (beide DIE LINKE) an der Konferenz teil.

Im Parlamentsforum arbeiten die Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig Holstein, die Sejms der polnischen Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermeland-Masuren sowie Vertreter des Regionalrates Schonen und der Gebietsduma Kaliningrad mit.

Gesprächs- fähigkeit und Sachkenntnis

Landesfinale von „Jugend debattiert“ im Plenarsaal des Schweriner Schlosses

■ Soll in Deutschland die Schulpflicht durch eine Bildungspflicht ersetzt werden? Und soll ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt werden? Diese beiden Themen debattierten die Regionalsieger des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ beim Landesfinale Mecklenburg-Vorpommern, das am 28. April im Schweriner Schloss, dem Sitz des Landtages, ausgetragen wurde.

Wie im Vorjahr hatte der Ältestenrat für das Finale den Plenarsaal zur Verfügung gestellt. „Ich finde, es gibt keinen geeigneteren Austragungsort für dieses Landesfinale als den Plenarsaal – schließlich ist das Plenum des Parlaments das Forum der demokratischen politischen Debatte“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bei der Begrüßung der Finalisten und der rund 200 Schülerinnen und Schüler, die als Gäste dabei waren. Zugleich sei diese Raumentscheidung als Auszeichnung und Würdigung des Engagements



Foto: Claudia Richter

v.l.: Wiebke Neelsen, Sylvia Bretschneider, Julia Junge, Christoph Kuhlow, Mareike Wolf und Marie Bandelier

ments und der herausragenden Leistungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verstehen.

Nach zwei spannenden Finaldebatten standen die Sieger fest: Christoph Kuhlow vom Eldenburg-Gymnasium Lübz gewann in der Sekundarstufe I (Klasse 8 – 10), Wiebke Neelsen vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar hatte bei der Sekundarstufe II (Klasse 11 – 13) die Nase vorn. Beide werden gemeinsam mit den Zweitplatzierten Julia Junge (ebenfalls Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar) und Marie Bandelier (Eldenburg-Gymnasium Lübz) Mecklenburg-Vorpommern beim Bundesfinale am 15. Juni in Berlin vertreten. Zunächst können sich die vier auf ein mehrtägiges Rhetorik-Seminar in Bayern

freuen, das sie auf das Bundesfinale vorbereitet.

Jugend debattiert ist ein bundesweites Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, dessen Ziele die sprachliche und politische, aber auch Meinungs- sowie Persönlichkeitsbildung von Schülern ab der 8. Klasse sind. Bei der Bewertung der Debattenleistungen beurteilt die Jury Sachkenntnis, Überzeugungskraft, Gesprächsfähigkeit und Ausdrucksvermögen der Debattanten. In Mecklenburg-Vorpommern haben sich in diesem Jahr rund 1.100 Schülerinnen und Schüler an zwölf Schulen in Greifswald, Rostock, Wismar, Lübz und Anklam an dem Wettbewerb beteiligt.

www.jugend-debattiert.ghst.de

Mädchen- zukunftstag

Landtag beim Girls Day dabei



Foto: Uwe Balewski

Der Girls' Day 2008 fiel auf einen Sitzungstag des Landtages – eine gute Gelegenheit für die Mädchen, auf der Besuchertribüne eine Plenardebatte zu verfolgen.

■ Auch in diesem Jahr beteiligte sich der Landtag am Girls Day. Ziel war es, die Mädchen für einen technischen Bereich der Landtagsverwaltung zu begeistern.

Acht Mädchen aus Neustadt-Glewe, Boizenburg, Wöbbelin und Schwerin informierten sich am 24. April im Schweriner Schloss über die Ausbildung zur Informatikkauffrau. Betreut wurden die Mädchen vom Referat Informations- und Kommunikationsdienste der Landtagsverwaltung. Unter anderem absolvierten sie einen EDV-Eignungstest und erwarben anhand eines Programmierspiels Grundkenntnisse für das Erstellen von Computerprogrammen. Bei ihrem Besuch im Landtag sprachen die Schülerinnen auch mit Parla-

mentspräsidentin Sylvia Bretschneider und verfolgten einen Teil der Landtagsdebatte zur Verwaltungsreform auf der Besuchertribüne des Plenarsaales.

Der Girls Day-Mädchenzukunftstag ist eine bundes- und landesweite Initiative der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Hochschulen sowie unterschiedlicher Institutionen, Verbände und Interessengruppen. Ziel dieses Tages ist es, Mädchen und junge Frauen für den Einstieg in technische und naturwissenschaftliche Berufe zu begeistern. Noch immer sind sie in zukunftsorientierten technischen Berufsfeldern wenig vertreten, obwohl sie meist die qualifizierteren Schulabschlüsse haben.

www.girlsday-mv.de

Mehr als Gastronomie

Essen spielte im Schloss schon immer eine wichtige Rolle

■ **Es gibt viele Gründe, das Schweriner Schloss aufzusuchen. Einer davon ist eher profaner Natur: Des Essens wegen. Ob wochentags im Gewölbe des ehemaligen Bischofshauses zum täglichen Lunch, ob in der Orangerie mit dem umwerfenden Blick auf See und Burggarten oder im historischen Schloss-Restaurant, in dem schon zu Großherzogs Zeiten getafelt wurde.**

Für alle kulinarischen Genüsse ist heute Familie Messerschmidt mit einem Stamm von über zwanzig Mitarbeitern zuständig, darunter vier Köche und neun Auszubildende. Gemeinsam mit ihrem Mann, Küchenmeister Rico Messerschmidt, hat Christien Messerschmidt im Jahr 2000 die Gastronomie im Schloss übernommen. Und protestiert sogleich: „Es ist mehr als Gastronomie. Wir verstehen uns eher als Dienstleistungsunternehmen“, sagt die gebürtige Schwerinerin, die seit mehr als zwanzig Jahren in der Restaurant- und Hotelbranche arbeitet. Da wird für die Gäste aus Schweden auch mal ein Abendessen auf dem Dach eines Rostocker Hochhauses organisiert. Oder für Feierlichkeiten im eigenen Heim nicht nur das Menü samt Geschirr und Besteck geliefert, sondern auch das Personal. Und weil Essen heute gar nicht mehr profan, also alltäglich, sondern etwas Besonderes sein soll, haben die Messerschmidts eben auch Spezielles im Angebot: Sonntags-Brunch, Candle-Light-Dinner, Hummeressen, Fondue. Ob im Königssaal für bis zu 180 Leute oder im Separee, dem eher intimen Prinzenkabinett in einem der Türme. Noblesse oblige – und ist nicht billig. Mit Ausnahme der Cafeteria im Gewölbe, wo täglich bis zu 300 Gäste – Landtagsmitarbeiter, Abgeordnete oder Mitarbeiter von Verbänden und Firmen in der Stadt – aus fünf Essen unter fünf Euro wählen können. Ob „Kantinenessen“, Botschafterempfangs oder Pressekonferenzen: „Wir bemühen uns immer um Professionalität“, betont die Inhaberin. Und um Individualität, wenn es um besondere Anlässe geht. Wie Hochzeiten. Die organisiert

Christien Messerschmidt für ihr Leben gern. „Wedding planner“, wie das auf neudeutsch heißt. „Von der Tischkarte bis zum Feuerwerk. Ich denke, wir machen alles möglich.“ Als sie sich mit ihrem Partner vor knapp zehn Jahren für den Neuanfang entschied und an der Ausschreibung für die Schloss-Restaurants teilnahm, war ihr Sohn gerade auf die Welt gekommen. „Anfangs haben wir die Woche fast durchgearbeitet und gleich hier im Büro geschlafen. Heute haben wir einen ganz normalen 13-Stunden-Tag“, sagt sie und lacht: „Ruhe kann ich auch nicht aushalten.“ Das gehört wohl auch zum Unternehmertum. Man investiert – Geld und Kraft. „Und reich wird man auch nicht“, sagt sie und fügt hinzu: „Aber glücklich.“

Auch Tafeldiener und ein Kaffeeschenk sind vermerkt. Später habe sich eine andere Art des Servierens durchgesetzt, bei der die Speisen nacheinander serviert wurden, das Fleisch beispielsweise schon geschnitten und mit Soße und Beilagen auf dem Teller angerichtet war. Der „Service à la russe“, wie ihn der Haushofmeister eines russischen Gesandten in Frankreich zuerst eingeführt hatte. So musste man nicht fortwährend mit der Dienerschaft über die gewünschten Speisen sprechen. „Die Konversation unter den Gästen am Tisch konnte intensiver werden“, erklärt May Hempel. In welcher Form auch immer zur Schlosseinweihung 1857 serviert wurde, die Menükarte liest sich vielversprechend. Das Diner umfasste zwölf Köstlichkeiten von



Genuss für alle Sinne im Orangerie-Café

Ob das auch das Küchenpersonal des Großherzogs von sich sagte, ist nicht überliefert. Mitte des 19. Jahrhunderts war das Servieren bereits eine Kunst, wie Historikerin May Hempel feststellt. „Man sprach vom Service à la française. Für das Arrangement des Tafelgeschirrs gab es detaillierte Aufstellungspläne aus der Hand von Haushofmeistern oder Tafeldeckern“, erklärt sie. Profis, die zum Hofpersonal gehörten. Die waren auch nötig, schließlich standen während eines Ganges bei einem Festmenü mitunter bis zu 100 Speisen gleichzeitig auf dem Tisch. Ohne Tafeldiener wäre man gar nicht an alle Gerichte gelangt. Zum mecklenburgischen Hofstaat gehörten 1850 beispielsweise zwei Hofküchenmeister, vier Mundköche, zwei Hausköche und ein Mund-

Schildkrötensuppe über Kaviar und Austernpastete, Masthuhn auf Trüffeln, Rinderfilet, Steinbutt, Spargel und Leberpastete bis hin zu Weingelee mit Ananas. An einem ganz normalen Donnerstag im Februar 1817 war die Großherzogliche Tafel nicht ganz so üppig gedeckt, immerhin standen Austern, Muscheln, Kartoffelsalat und geräucherte Ochsenzunge auf dem Tisch. Für die Diener und höheren Hofchargen gab es am Abend „Abhub“ – das sind laut May Hempel die übrig gebliebenen Speisen der Herrschaften. Und für die „niedereren“ Lakaien Brot und Butter. Bei einem solch kargen Mahl hätten sie Christien Messerschmidts Meinung vielleicht nicht geteilt. Die heutige Restaurantchefin meint jedenfalls: „Ich habe einen wunderschönen Arbeitsplatz!“

Foto: Claudia Richter

Am 11. April stattete der neue Amtschef des Marineamtes Rostock, Konteradmiral Axel Schimpf, dem Landtag seinen Antrittsbesuch ab. Nach der Begrüßung durch die Vizepräsidentin des Landtages, Renate Holznel, trug er sich in das Gästebuch des Landtages ein. Im anschließenden Gespräch erläuterte Konteradmiral Schimpf die wirtschaftliche Bedeutung und die damit einhergehende intensive Beanspruchung der Ostsee. Hierbei wies er auf die daraus resultierenden Herausforderungen, beispielsweise im Bereich des Küstenschutzes, hin. Renate Holznel betonte die positive Zusammenarbeit, die seit vielen Jahren zwischen dem Landtag und der Bundeswehr bestehe. Sie erläuterte Inhalt und Ziele der vom Landtag mitinitiierten Kampagne „WIR – Erfolg braucht Vielfalt“. Konteradmiral Schimpf sagte spontan zu, die Kampagne aktiv als Unterstützer zu begleiten.

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Stefan Janssen



Foto: Claudia Richter



Foto: Claudia Richter

Unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (hier bei der Begrüßung des FDP-Landtagsabgeordneten Ralf Grabow) fand am 7. Mai im Festsaal des Schweriner Schlosses ein Fachforum zum Thema „Kinderarmut und Gesundheit“ statt. Dazu eingeladen hatte die Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern.

Im Rahmen ihres Besuchs in Mecklenburg-Vorpommern stattete der Kreisverband Bayreuth des Sozialverbandes VdK am 7. Mai auch dem Schweriner Schloss einen Besuch ab. Im Landtag wurden die Gäste von Vizepräsidentin Renate Holznel (r.) empfangen. Die CDU-Politikerin freute sich besonders, unter den Teilnehmern die frühere Vizepräsidentin des Bayerischen Landtages Anneliese Fischer (2.v.r.) begrüßen zu können. Der Sozialverband VdK ist mit 1,4 Millionen Mitgliedern der größte Sozialverband in Deutschland. Er vertritt die Interessen von Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranken, Seniorinnen und Senioren, Patientinnen und Patienten gegenüber der Politik und an den Sozialgerichten.



Foto: Claudia Richter

Am 16. April empfing Vizepräsidentin Renate Holznel S.E. den Botschafter der Republik Tschechien, Dr. Rudolf Jindrak, zu seinem Antrittsbesuch im Landtag. Für sein Land sei die Bundesrepublik ein sehr wichtiger Partner, betonte der 44-jährige Diplomat. Mehr als 30 Prozent seines Außenhandelsumsatzes erziele Tschechien mit Deutschland. Auch bei der Zusammenarbeit in der EU, der Tschechien seit 2004 angehört, sei Deutschland ein wichtiger Verbündeter. Für besonders wichtig hält Jindrak den Erfahrungsaustausch mit den neuen Bundesländern, da es wegen der vergleichbaren Vergangenheit ähnliche Probleme gebe. Weitere Gesprächsthemen waren der Tourismus, die politische Bildung und die Integration von Migranten.